



Nr. 329 | 21.05.2024

## Polen-Analysen

- Die Moderne – verschiedene Interpretationen im politischen Spektrum
- Exposé von Außenminister Radosław Sikorski

■ ANALYSE	
Die Mehrdeutigkeit der Moderne Michał Szuldrzyński, Warschau	2
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Exposé des Außenministers Radosław Sikorski 2024	7
<hr/>	
■ CHRONIK	
7. – 20. Mai 2024	14
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Jahrbuch Polen 2024 Modern(e)	16

## Die Mehrdeutigkeit der Moderne

Michał Szuldrzyński, Warschau

DOI: 10.31205/PA.329.01

### Zusammenfassung

In der polnischen öffentlichen Debatte – aber das gilt natürlich nicht nur für Polen – ist eine Definition des Begriffs Moderne eine Art Selbsterklärung zur eigenen Identität. Man könnte eine geistige Landkarte der politischen Landschaft in Polen anhand dessen zeichnen, wie sie zur Moderne steht. Verschiedene Fraktionen der Rechten oder auch der Konservativen interpretieren die Moderne unterschiedlich und haben unterschiedliche Idealvorstellungen von der Ordnung, die sie ihr entgegensetzen wollen.

**B**evor wir jedoch zu den Unterschieden in der Haltung zur Moderne kommen, sollten wir uns anschauen, wie dieser Begriff nach dem Fall des Kommunismus verstanden wurde. Innerhalb der *Solidarność*, der Bewegung also, die 1988 die Veränderungen einleitete, welche im Februar 1989 zum Kontakt mit der kommunistischen Partei führten und in der Folge die ersten teilweise freien Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichten, gab es ein weites geistiges Spektrum, das von der Linken über die Liberalen bis zu verschiedenen Flügeln der Rechten reichte. Allerdings waren diese Unterschiede eher ideologischer und theoretischer Natur, denn niemand konnte vorhersehen, dass man in naher Zukunft die Verantwortung für die Lenkung des Staates übernehmen und eine normale demokratische Politik würde betreiben müssen.

Es ging dann sehr schnell mit den Veränderungen. Am 4. Juni 1989 brachten die Polen – obwohl sie nur über die Besetzung von einem Drittel der Sitze im Sejm sowie über die Zusammensetzung des nach dem Fall des Kommunismus wiederhergestellten hundertköpfigen Senats demokratisch entscheiden konnten – unmissverständlich ihren Willen zum Ausdruck, dass sie jene Macht nicht länger wollten, und so sprengten sie mit Hilfe ihrer Stimmzettel die Gitter, hinter denen sie seit 1945 eingesperrt gewesen waren. Die Erosion des Systems ging so schnell vonstatten, dass bereits im September eine Regierung gebildet wurde, mit einem Vertreter der Opposition als Ministerpräsident, während der Oppositionsführer einige Monate später in den ersten freien Parlamentswahlen zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

### Den Westen einholen

Die Wirklichkeit des realen Sozialismus war so grau und trist gewesen, dass die Richtung der Veränderungen offensichtlich war. Man wollte den Westen einholen und der Rückständigkeit des Kommunismus entkommen. Debatten über die Zukunft wurden damals praktisch nicht geführt. Der Kommunismus hatte in Polen in vielen Bereichen die Zeit angehalten – der wirtschaftliche und technologische Rückstand war immens. Dabei geriet den

Polen jedoch aus dem Blick, dass das kommunistische System in vier Jahrzehnten einen vollständigen Umbau der Gesellschaft vollzogen hatte. Die soziale Schichtung war verschwunden, ein Großteil der Vorkriegseliten war entweder den deutschen Nazis oder den Kommunisten zum Opfer gefallen. Die jüdische Gemeinschaft, die im Vorkriegspolen mehr als drei Millionen Menschen umfasst und eine enorme wirtschaftliche und kulturelle Rolle gespielt hatte, war ebenfalls verschwunden. Der Philosoph Andrzej Leder nannte dies eine verschlafene Revolution – die tiefgreifenden sozialen Veränderungen, die eine völlig neue Gesellschaft geschaffen hatten, waren von den Aggressoren herbeigeführt worden.

In den ersten Jahren der Transformation spielten Personen, die dem rechten Flügel zuzurechnen waren, in der Regel keine wichtige Rolle. Infolge der wirtschaftlichen Turbulenzen gewann die Partei der postkommunistischen Linken 1993 die Wahlen, ihr Kandidat wurde 1995 für zwei Amtszeiten Präsident. Die politische Spaltung verlief zwischen dem Post-*Solidarność*-Lager (dominiert von der Post-*Solidarność*-Linken) und dem postkommunistischen Lager, erst 2005 begann sich diese Linie zu verschieben auf den Gegensatz zwischen dem Lager der Rechten und dem der liberalen Mitte. Daher bezeichneten einige konservative Vordenker die ersten Jahre des Übergangs als Phase einer Copy-Modernisierung. Alles wurde aus dem Westen übernommen und eins zu eins kopiert, ohne sich die Frage zu stellen, ob es zu den polnischen Besonderheiten passte. Damals kam auch die Sorge um die Form auf, die die Moderne annahm.

Eine weitere Quelle der Besorgnis war die Lehre von Johannes Paul II. Während seiner ersten Pilgerreise nach dem Fall des Kommunismus im Jahr 1991 war der Papst äußerst frustriert, als er sah, wie schnell die Polen dem Westen hinterherlaufen wollten, was für ihn einer Verleugung des christlichen Erbes gleichkam. Deshalb billigte er einerseits den Übergang zu Demokratie und Kapitalismus, wandte sich aber andererseits gegen die Abtreibung sowie die Ausgrenzung von Arbeitslosen und älteren Menschen, die die größten Verlierer der Transformation wurden.

Dennoch herrschte im ersten Jahrzehnt der Transformation ein parteiübergreifender Konsens darüber, dass es notwendig sei, sich in die Strukturen des Westens zu integrieren, also Teil der NATO und Mitglied der Europäischen Union zu werden. Als Letzteres 2004 gelang, entstand in der polnischen Politik eine Art Vakuum. Das wichtigste zivilisatorische Ziel war erreicht – der Fairness halber muss man zugeben, dass auch das postkommunistische Lager die EU-Beitrittsbestrebungen loyal mitgetragen hatte – und nun stellte sich die Frage, wie es weitergehen sollte.

Zu diesem Zeitpunkt drängte eine Debatte, die zuvor nur am Rande stattgefunden hatte, in den Vordergrund. Vor dem Referendum von 2003, das über den Beitritt Polens zur Europäischen Union entscheiden sollte, wurden auf der rechten Seite Stimmen laut, die heute noch viel stärker sind. Es war die Überzeugung, dass die Richtung, in die der Westen sich entwickelte, keineswegs ideal sei. Dass die Moderne nicht nur traditionellen Auffassungen vom Glauben, sondern auch von der nationalen Identität der Polen widerspreche.

### Das Verhältnis zur Moderne als Grund der Spaltung

Auch aus diesem Grund bezeichnen Politikwissenschaftler die Wahlen von 2005 als den Moment, in dem der frühere Streit zwischen Postkommunismus und Post-Solidarność durch eine neue Spaltung ersetzt wurde, verkörpert von zwei Persönlichkeiten, die auch bei den Wahlen 2023 aufeinandergetroffen sind: Donald Tusk, dem Führer des liberalen Lagers, und Jarosław Kaczyński, dem Führer des nationalkonservativen Lagers. Das Paradoxe daran ist, dass Kaczyński und Tusk 2005 eine gemeinsame Regierung nach den Wahlen geplant hatten, bei denen die postkommunistische Linkspartei schließlich auseinanderfiel. Beide entstammten antikommunistischen Milieus. Kaczyński kam aus einer Familie der Warschauer Intelligenz, Tusk aus einer Arbeiterfamilie, er war von Anfang an mit den Danziger Liberalen verbunden gewesen. Beide hatten sich gut ergänzt.

Doch ihr Bündnis kam 2005 nicht zustande. Im Gegenteil, Tusk und Kaczyński wurden zu erbitterten Gegnern. Kaczyński bewegte sich allmählich von einer großstädtischen Mitte-Rechts-Position hin zu einem volkstümlichen Katholizismus, während Tusk langsam nach links rückte. Kaczyński, der anfangs vor zu kirchennahen Parteien gewarnt hatte, verbündete sich mit katholischen Kreisen, was zu einer Radikalisierung der Rechten führte. Tusk ging zunehmend Bündnisse mit Kreisen der liberalen Linken ein.

Das liberale Lager sah in der Moderne eine Chance, die Gesellschaft zu modernisieren und Merkmale zu verändern, die entweder aus früheren Zeiten in der Gesellschaft übriggeblieben oder unter dem Einfluss des Kommunismus entstanden waren. Das rechte Lager hingegen

begann, die Moderne als Bedrohung für seine Identität zu sehen und übernahm das Narrativ von der Copy-Modernisierung, der Nachäffung des Westens und der gedankenlosen Fixierung auf Deutschland als zivilisatorisch überlegener Nation. All dies hat dazu geführt, dass sich die von Kaczyński dominierte Rechte heute in einer zunehmend antiwestlichen, EU-feindlichen und antideutschen Haltung verschanzt.

Ein guter Prüfstein für die Einstellung der verschiedenen rechten Strömungen im heutigen Polen zur Moderne ist die Frage, wie sie sich innerhalb des katholischen Spektrums positionieren. Die traditionalistische Strömung, ideologische Erbin der Philosophie von Joseph de Maistre, ist fest davon überzeugt, dass der Westen vor zwei Jahrhunderten vom rechten Pfad der Entwicklung abgewichen ist und sich mit der Aufklärung verirrt hat. In diesem Sinne hat der Begriff der Moderne etwas grundlegend Böses an sich; er ist ein Kind der Aufklärung, eine Rebellion der überheblichen menschlichen Vernunft gegen die dem Menschen von Gott gegebene Ordnung. In dieser traditionalistischen Strömung vereinen sich somit mehrere für das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts charakteristische Phänomene. Dies sind erstens die Überzeugung vom moralischen und intellektuellen Verfall der katholischen Kirche, die Ablehnung der Reformen des Vatikanischen Konzils, die Treue zur traditionellen Liturgie und der Kampf gegen Erscheinungsformen des Modernismus im Katholizismus. Zweitens herrscht die Meinung vor, dass alles, worauf der Westen so stolz ist, Ausdruck einer neuen Versklavung sei. Es ist kein Zufall, dass gerade in diesen Kreisen – in der weicheren Version – die Protestbewegungen gegen die gesundheitspolitischen Einschränkungen während der Coronavirus-Pandemie populär waren oder gar – in der härteren Version – die Überzeugung vorherrschte, der Coronavirus solle dazu dienen, eine neue Ordnung, ja Weltordnung zu schaffen. Hier verband sich das Misstrauen gegenüber der Wissenschaft – der fehlende Glaube an die Wirksamkeit der Impfungen und die Auffassung, dass mit diesen versucht werden solle, einen neuen Menschen zu schaffen – mit dem Misstrauen gegenüber der Technologie, gegenüber neuen Entwicklungen sowie der Warnung vor der Schädlichkeit der angeblich noch nicht erforschten Wellen, die von Windrädern, WiFi-Routern oder 5G-Mobilfunkmasten der fünften Generation ausgehen.

Diese Fraktion begegnet interessanterweise sowohl der Europäischen Union als auch den Vereinigten Staaten mit Abneigung, denn in diesen beiden Organismen werden die neuen Entwicklungen in überspitzter Form angeblich besonders deutlich.

Das Heilmittel für die Krise der Kirche und der christlichen Identität suchen die Traditionalisten eher in einer Rückkehr zur Orthodoxie als in Versuchen,

sich der Moderne »anzudienen«. Deshalb entscheiden sich traditionalistische Kreise, die gar nicht so marginal sind, für eine Art Eskapismus. Sie glauben nicht, dass es möglich ist, von der Moderne infizierte Systeme zu heilen und versuchen daher, sich so weit wie möglich aus ihnen zurückzuziehen. Dies gilt insbesondere für den Bildungsbereich, der für die Traditionalisten der kritischste Bereich ist; deshalb ist die Heimerziehung in diesen Kreisen populär, bedeutet sie doch, dass man keine Kompromisse mit der Realität eingehen muss, vor nichts zurückweichen muss, nicht so tun muss, als sei es möglich, etwas so Wichtiges wie die Erziehung und Bildung von Kindern nach einem die Moderne ablehnenden Modell mit einem Bildungssystem zu vereinbaren, das Teil der Moderne ist. Das Paradoxe in Polen ist jedoch, dass die Organisationen des Bildungssystems durch und durch veraltet sind. Diese Art des Denkens ist typisch für die rechtsnationalistische Konföderation (Konfederacja) und den rechten Flügel von Jarosław Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), der mit Zbigniew Ziobro, dem Vorsitzenden der Partei Souveränes Polen (Suwerenna Polska) verbunden ist, mit der Kaczyński von 2015 bis 2023 regierte.

### Der rechte Gegenentwurf zur Moderne

Einen anderen Zugang zur Moderne hat das einflussreichste konservative Lager um die PiS. Für dieses Lager sind Katholizismus oder Patriotismus lediglich Mittel zum Zweck politischer Mobilisierung. Die Kirche wird hier als ein Instrument zur Kontrolle der Gesellschaft und als Organisatorin der sozialen Ordnung gesehen, nicht als Hüterin der Wahrheit oder des Glaubens im metaphysischen Sinne. Insofern dient die in Polen vorherrschende Auffassung von der Moderne eher politischer Funktionalität als dem Glauben an eine zeitlose Ordnung. Die Angst vor dem Westen, vor Modernisierung und Säkularisierung, entspringt eher der Überzeugung, dass es einfacher ist, eine Gesellschaft zu regieren, in der es klare moralische Prinzipien gibt und deren Ordnung hauptsächlich auf der Religion basiert, als eine Gesellschaft, in der Vermassung, Säkularisierung oder andere Merkmale der Moderne so weit fortgeschritten sind, dass die bisher bestehenden Normen gewissermaßen verkümmert sind. Die Moderne, die mit der Europäischen Union, mit Brüssel und Berlin verbunden wird, wird als Bedrohung dieser traditionell polnischen Ordnung und der polnischen Identität gesehen.

So betrachtet ist diese Identität jedoch vor allem reaktiv. Ein derartiger Konservatismus ist ohne missionarischen Eifer, entgegen dem Anschein will er niemanden bekehren. Sehr gern erklärt er sich jedoch zum Verteidiger der christlichen Welt, die angeblich vom Westen, der Europäischen Union, der progressiven Linken und

allen anderen Bedrohungen – der LGBT-Ideologie, Gender u. ä. – attackiert wird. Das ist das Ergebnis einer spezifischen Mixtur aus einem volksnahen, gegenüber sittlichen »Neuerungen« misstrauischen Konservatismus und einem populären Katholizismus, der daran gewöhnt ist, dass die Religion die Basis einer bestimmten Ordnung ist; und selbst wenn Konservative persönlich nicht im Einklang mit der christlichen Moral leben, verteidigen sie die Kirche als sicheren Hort der Ordnung.

Gemäß dieser Vorstellung ist der Umgang mit der »Moderne« eher paradox. Auf der einen Seite steht eine deutliche Faszination für die Effizienz der Moderne, für moderne Methoden der Unternehmensführung, für die Kultur der Start-ups und der modernen Technologie, welche als Verheißung erscheinen, um die zivilisatorische Entwicklung nachholen zu können, aus der Rückständigkeit auszubrechen, in die Polen im 19. Jahrhundert, in der Zeit der Teilungen durch Preußen, Österreich und Russland verfiel, aber auch im 20. Jahrhundert infolge der Kriegszerstörungen durch Nazideutschland und der darauffolgenden Konservierung in den Absurditäten der kommunistischen Wirtschaft. Wenn es also möglich wäre, eine moderne, digital basierte Wirtschaft zu kopieren und diese aus Finnland, Estland oder direkt aus dem Silicon Valley zu importieren, aber gleichzeitig den moralischen Wandel einzufrieren, die Säkularisierung zu verlangsamen und Polen zu einer Art gesellschaftlichem Reservat zu machen, dann wäre dies die Vision der Moderne, von der die Anhänger der PiS-Partei träumen.

Ich habe die Kriegszerstörungen erwähnt, weil in diesem Narrativ die Forderung nach Reparationen von Deutschland oder generell ein starkes Eintauchen in ein identitätszentriertes Geschichtsbild paradoxerweise nicht von einer Fixierung auf die Vergangenheit zeugt, sondern gerade den Versuch darstellt, eine einigermaßen faire Wettbewerbssituation für eine Wirtschaft wiederzuerlangen, die zur Isolation im Ostblock verurteilt war und nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs ohne Marshallplan oder externe Hilfe aufgebaut werden musste.

Übrigens spielt die Vergangenheit für die polnische Rechte generell eine ziemlich paradoxe Rolle. Diverse Jahrestage wichtiger Ereignisse, historische Feierlichkeiten und die Eröffnung neuer Museen dienen nicht der Aufarbeitung historischer Traumata, sondern dazu, nationales Heldentum nachzuerleben. Indem sie die Jahrestage der Schlacht vom 15. August 1920 feiert, als die Truppen von Marschall Józef Piłsudski die bolschewistische Armee besiegten, die die kommunistische Revolution in den Westen tragen wollte, besiegt die Rechte Russland erneut. Indem sie den Jahrestag des Ausbruchs des Warschauer Aufstands vom 1. August 1944 feiert, triumphiert die Rechte einmal mehr moralisch über die Deutschen, obwohl dieser Aufstand mit dem beispiellosen Niedermetzeln Zehntausender Warschauer Zivilis-

ten und der fast völligen Zerstörung einer der größten Städte in diesem Teil Europas sowie zahllosen Kriegsverbrechen endete. Mit einer solchen Einstellung zur Vergangenheit ist es jedoch schwierig, aus Fehlern zu lernen; eher geht es darum, sie nachzuerleben. Doch dieses paradoxe Verhältnis zur Vergangenheit spiegelt die Haltung zur Moderne wider. Sie erscheint einerseits als Möglichkeit, all dem zu entkommen, was in der Vergangenheit misslungen ist, aber zugleich weckt sie Ängste angesichts des rasenden Tempos, in dem sich der Wandel in den westlichen Gesellschaften vollzieht.

Diese Art des Denkens war im Übrigen im letzten Wahlkampf in Polen gut zu beobachten. Der stellvertretende Vorsitzende der Regierungspartei PiS, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, sagte in einem Interview mit dem Fernsehsender Polsat News: »Wir wollen, dass das Leben in Polen wie das Leben im Westen ist, aber ohne die dortigen Fehler.«

Bei anderer Gelegenheit äußerte er auf einer Wahlveranstaltung im ostpolnischen Kraśnik: »In vier bis acht Jahren werden wir in der Lage sein, auf dem Niveau der westlichen Länder zu leben, aber ohne ihre entsetzlichen Fehler, ohne Horden muslimischer Migranten, ohne ideologisch bedingte Revolutionen.«

Solche Gedanken werden in der polnischen Rechten immer populärer. Ihnen zufolge hat Europa aufgehört, Europa zu sein, und der Westen ist nicht mehr der Westen, sondern ist zu einer Art post-europäischem und post-westlichem Gebilde mutiert. Das Erbe des Westens, Europas usw. bleibe jedoch in der polnischen politischen Kultur unverändert erhalten. Daher rührt die Überzeugung eines großen Teils des PiS-Lagers, dass der Westen sich unnötig um den Zustand der Demokratie in Polen sorge und sich zu Unrecht in die eigenständige polnische Politik einmische. Deshalb fühlt sich die Rechte vom Westen verfolgt und hält die Kritik an der Rechtsstaatlichkeit oder an den Versuchen, einen demokratischen Staat mit illiberalen Mitteln aufzubauen, für eine Art Strafe der einflussreichsten Akteure in der EU, also von Berlin oder Paris, dafür, dass Polen katholisch bleibe und von einer Rechtskoalition regiert werde, die stolz darauf ist, sich nicht den Grundsätzen der politischen Korrektheit zu beugen, was aber in Wahrheit nur die Duldung einer immer stärkeren politischen Radikalisierung kaschiert.

Dieser Teil des rechten Lagers ist davon überzeugt, dass das aktuelle Modell der Moderne, das wir in vielen Ländern des Westens sehen, eine Art Betriebsunfall ist, eine Entgleisung des Zugs der Geschichte. Er ist nicht so radikal wie die Maîtres Ultra-Traditionalisten, hält aber dennoch ständig Ausschau nach Anzeichen für eine Ermüdung dieser Richtung der Moderne auch in anderen Ländern. Mit Bewunderung blickt er auf die amerikanische Alt-Right, die sich gegen den Einfluss der Gender-Ideologie wehrt und den Wokeismus bekämpft,

das heißt die auf der Linken verbreitete Überzeugung, dass die Kultur, Tradition und Religion der westlichen Welt mit der Diskriminierung verschiedener Gruppen einhergehe – von Frauen über nicht-weiße, nicht-heteronormative Menschen bis hin zu religiösen und kulturellen Minderheiten. Mit anderen Worten, dass Religion, politische Traditionen und kulturelle Muster dafür da seien, die Vorherrschaft heterosexueller, weißer, christlicher Männer zu stärken. Deren Interessen seien auch die Institution der Familie, die Sexualmoral, Ethik und Religion, der Kult der Arbeit, die Einstellung zur Sklaverei und die Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen anderer Hautfarbe untergeordnet. Deshalb hört dieser Teil der Rechten so gerne auf jene republikanischen Politiker, die davor warnen, die Linke wolle Amerika seiner Identität, seiner Geschichte, seiner Traditionen und seiner Kultur berauben, und dieses solle sich für alles schämen, was Amerika zu Amerika macht. Denn genau die gleichen Tendenzen sehen sie in Westeuropa, in der Europäischen Union.

Und wenn in den USA die radikale Rechte das Kapital stürmt, Literatur aus Schulbibliotheken wirft, die ihrer Meinung nach schädlich ist, wenn sich Proteste gegen die Geschlechtsumwandlung von Transgender-Jugendlichen erheben, dann reibt sich dieser Teil der Rechten die Hände und überlegt, ob vielleicht der geeignete Zeitpunkt gekommen ist, an dem die westlichen Gesellschaften »aufwachen« und genug haben von ideologischen Umwälzungen, moralischen Revolutionen und all dem, was schlecht ist an der Moderne.

Einer der Triebkräfte für diesen Kreuzzug ist die Ablehnung der Migration. Ob in Polen, den Ländern Westeuropas oder den USA, gerade der Widerstand gegen unkontrollierte Migration ist eines der wichtigsten Motive der identitären Rechten. Im radikalen Flügel der amerikanischen Alt-Right herrscht der Glaube vor, es gebe einen Plan, die gegenwärtige amerikanische Bevölkerung durch Neuankömmlinge aus anderen Ländern zu ersetzen, die – nach der Theorie des Wokeismus – eine völlig neue Gesellschaft und Kultur schaffen und den Boden für eine neue, diskriminierungsfreie Zivilisation bereiten sollen. Aber auch die polnische identitäre Rechte ist davon überzeugt, dass es einen geheimen Plan gibt, die Polen zu entnationalisieren, sie ihrer eigenen Identität zu berauben und polnische Straßen in No-go-Areas zu verwandeln, in denen arabische Banden herrschen und polnische Frauen sich nach Einbruch der Dunkelheit aus Angst vor Gewalt nicht mehr auf die Straße trauen. Hier erscheint wieder das Motiv eines gescheiterten Europas, das nicht in der Lage ist, mit den Neuankömmlingen aus den arabischen oder allgemein aus muslimischen Ländern fertig zu werden, ein Motiv, das den bevorstehenden Zusammenbruch des Westens belegen soll.

### Gibt es einen offenen Konservatismus?

Es gibt aber auch eine andere Strömung des polnischen Konservatismus, die heute politisch eher isoliert scheint. Diese ist – wenn auch immer seltener – am Rand von Tusks Partei zu finden, auch am Rand der PiS oder des von der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) gebildeten Bündnisses aus christlichen Parteien und denen der politischen Mitte. Sie ist ein mit dem Katholizismus verbundener Teil des Konservatismus, der glaubt, dass ein Bündnis mit der nationalpopulistischen Rechten von Jarosław Kaczyński sehr schlecht für die Kirche ist. Erstens, weil sich ein Teil der Konservativen nicht mit dessen Programm identifizieren kann, zweitens, weil viele Polen, die die Verstrickung des Klerus mit der Politik der identitären Rechten sehen, aus Opposition gegen die Politik der PiS auch Kirche und Katholizismus ablehnen, obwohl sie in der christlichen Tradition aufgewachsen sind.

Diese Ablehnung geht jedoch viel tiefer als ein rein taktisch bedingter politischer Schachzug. Denn es gibt konservative Kreise, die mit der Radikalität von Kaczyński, Orbán oder Trump nichts zu tun haben wollen. Manchmal bewusst, manchmal unbewusst, berufen sie sich auf das Denken von Edmund Burke, der den gesellschaftlichen und zivilisatorischen Wandel für unvermeidbar hielt.

Die gesellschaftliche Realität müsse sich ändern, so ihre Haltung, und die Rolle der Konservativen bestehe darin, dafür zu sorgen, dass diese Veränderungen evolutionär und nicht revolutionär ablaufen. Der Glaube, dass jede Veränderung ein Übel sei und eine Entscheidung für etwas Schlechteres bedeute, ist nicht das einzige Verständnis von Konservatismus. Eben für diese Gruppe der polnischen Rechten gibt es einen gewissen Spielraum für den Dialog mit der Moderne. Diese Strömung begreift, dass auf soziale Veränderungen auch Wandlungen von Moralvorstellungen folgen, und glaubt daher nicht, dass man den zivilisatorischen Fortschritt des 21. Jahrhunderts mit einer Gesellschaftsordnung aus dem 19. Jahrhundert kombinieren kann. Sie kritisiert beispielsweise die Radikalität der Neudefinition der sozialen Rollen unter dem Einfluss des Genderismus, leugnet aber nicht, dass die Rolle der Frau in der Gesellschaft jahrhundertlang völlig zu Unrecht eine untergeordnete war. Daher

könne man heute nicht behaupten, dass es möglich sei, die alte Gesellschaftsordnung wiederherzustellen und gleichzeitig die von den Frauen für sich selbst erkämpften Rechte und Freiheiten zu bewahren. Diese Strömung bekennt sich zur Rolle der Familie und zur Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau, lehnt aber die homophobe Sprache des dominierenden Teils der Rechten ab, der das LGBT-Milieu zum Hauptfeind macht. Sie zieht es vor, über die sozialen und kulturellen Folgen eines gesellschaftlichen Wandels zu diskutieren, demzufolge jeder Mensch seine eigene Geschlechtsidentität definiert, wodurch schwierige Situationen im Sport, in Krankenhäusern usw. entstehen. Sie hält das Leben für etwas Heiliges, unterstützt aber deswegen nicht unbedingt das Lager der PiS, das aus rein politischen Gründen Restriktionen im geltenden Abtreibungsgesetz eingeführt und damit schwere soziale Unruhen hervorgerufen hat.

Deshalb stört sich diese Strömung am Radikalismus der rechten Mehrheit, aber sie ist auch in der Lage zu erkennen, dass dies das Ergebnis eines umfassenderen Phänomens ist, nämlich der Radikalisierung der identitären Rechten, mit dem wir es in den USA, Großbritannien, Frankreich oder Deutschland (in Gestalt der AfD) zu tun haben. Dieser Teil der konservativen Rechten glaubt – im Gegensatz zu den katholischen Traditionalisten oder der mit der PiS verbundenen Rechten – nicht, dass die christliche Ordnung heute wiederhergestellt werden kann. Dafür haben sich die Gesellschaften zu sehr verändert. Deshalb glaubt er, dass in den wichtigsten Fragen ein politischer und gesellschaftlicher Konsens gefunden werden muss. Für die radikale Rechte hingegen ist ein solcher Konsens ein Zeichen der Schwäche, des Nachgebens, eines Zurückweichens vor der Gegenwart. Und wenn diese böse ist, so die vorherrschende Meinung der Radikalen, dann dürfen mit dem Bösen keinerlei Kompromisse eingegangen werden. Der gemäßigte Konservatismus lehnt ein solches Schwarz-Weiß-Denken ab. Doch solange die Polarisierung zwischen der identitären radikalen Rechten und dem linksliberalen Lager anhält, wird es für einen gemäßigten Konservatismus nicht viel Raum geben.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Uli Heiße*

#### *Über den Autor*

*Michał Szuldrzyński* studierte Philosophie an der Jagiellonen-Universität in Krakau (Kraków) und war danach als Publizist, Journalist und politischer Kommentator in Presse und Fernsehen tätig. Derzeit ist er stellv. Chefredakteur der Tageszeitung Rzeczpospolita und Herausgeber der Beilage PlusMinus.

#### *Lesetipps / Bibliographie*

Dieser Text erscheint in »Jahrbuch Polen 2024: Modern(e)«, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2024. Das Jahrbuch kann bestellt werden unter der E-Mail-Adresse [verlag@harrassowitz.de](mailto:verlag@harrassowitz.de).

## Exposé des Außenministers Radosław Sikorski 2024

*Außenminister Radosław Sikorski (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) informiert im Sejm über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2024*

Warschau, 25.04.2024

Herr Präsident, Herr Sejmarschall! Herr Ministerpräsident und Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Exzellenzen und Mitglieder des Diplomatischen Korps!

Als ich das Amt des Außenministers übernahm, sagte ich, dass »die Diplomatie die vorderste Verteidigungslinie der Republik« ist. Das übergeordnete Ziel der Außenpolitik ist es, die Sicherheit des Staates, gemeint ist die Sicherheit des Überlebens und der Entwicklung, zu garantieren. Jenseits unserer östlichen Grenze kämpft die Ukraine seit mehr als zwei Jahren gegen einen Aggressor, dessen Ziel nicht nur die Zerstörung der ukrainischen Unabhängigkeit ist. Russland strebt danach, die 1989 entstandene internationale Ordnung umzustürzen – die Logik des Rechtes und der freien Bündniswahl soll durch die Logik der Stärke, der Einflusszonen und des Diktats der Großmächte über die Nachbarn ersetzt werden. Wladimir Putin spricht darüber ganz offen.

Polen sieht sich schon heute mit verschiedenen Formen hybrider Aggression wie Desinformation, Cyberangriffe, Ausnutzung von Energieabhängigkeiten oder instrumentalisiertem Migrationsdruck konfrontiert.

\*\*\*

Unter diesen schwierigen Bedingungen ist Zusammenarbeit nicht nur im Rahmen der Regierungskoalition notwendig, sondern auch mit denjenigen Vertretern der Opposition, die zur Zusammenarbeit bereit sind. [...]

Das Angebot zur Zusammenarbeit richtet sich nicht ausschließlich an Politiker. Meine Rede richte ich auch an die Bürger. An alle. Die Sicherheit unserer Gemeinschaft sollte uns verbinden.

Damit allerdings eine Verständigung möglich ist, müssen wir uns an die Wahrheit halten.

Die vergangenen acht Jahre polnischer Außenpolitik waren eine Serie verfehlter programmatischer Annahmen, falscher Ideen, fehlerhafter Entscheidungen und Unterlassungen. Ich erinnere nur an einige der wichtigsten:

- der chronische Konflikt mit den Institutionen der Europäischen Union aufgrund der politischen Instrumentalisierung der unabhängigen Gerichte und in der Folge nicht nur enorme finanzielle Verluste, sondern v. a. der Verlust von Glaubwürdigkeit und Ansehen;
- die Marginalisierung Polens in den wichtigsten Debatten im Forum der Europäischen Union und der NATO;
- die Zerstörung der Beziehungen zu den Nachbarn und wichtigsten Partnern – Deutschland, Frankreich, Tschechien und in gewissem Maße sogar zur Ukraine, trotz der Schlüsselrolle, die Polen bei den Hilfsleistungen für dieses Land spielt;
- das verfehlte Kalkül mit dem Bündnis mit den USA gegen die Europäische Union und die Untergrabung des Vertrauens in Polen auf beiden Seiten des Atlantik;
- das ideologische Bündnis mit pro-Putin Populisten;
- die »Visa-Affäre«, d. h. der *de facto* unkontrollierte Zufluss von Migranten auf polnisches Gebiet ohne jeglichen öffentlichen Diskurs und bei gleichzeitiger »Hetze gegen Fremde«;
- die Demontage des Außenministeriums als Außenpolitik gestaltendes Zentrum sowie die Abwertung des professionellen, überparteilichen diplomatischen Dienstes.

[...]

Wie sagte der Hl. Augustin: »Sich irren ist menschlich, aber auf einem Irrtum zu beharren, teuflisch«. Die Sturheit der Vorgängerregierung ergab sich daraus, dass sie die Außenpolitik in einer »Welt der Vorstellungen« betrieb – einer imaginierten Sphäre, konstruiert aus Mythen und Einbildungen, die mit Hilfe penetranter Propaganda verfestigt wurden. Schauen wir uns die sechs wichtigsten näher an:

**Der erste Mythos** betraf die Europäische Union. Wir sind ihr nach Jahren der Vorbereitungen beigetreten, im Ergebnis der Entscheidung der Nation, die in einem zweitägigen Referendum mit dem Segen des polnischen Papstes getroffen worden war.

Die Europäische Union ist ein Raum der Sicherheit und wirtschaftlichen Entwicklung, dem die deutliche Mehrheit der Polen angehören will. Aber nicht für unsere Vorgänger. Für sie ist sie eine »fiktive Gemeinschaft«, ein seelenloses »Brüssel«, aus dem anonyme Bürokraten Polen angeblich Vorschriften auferlegen, die Polen die Souveränität nehmen. Sie sei eine Tarnung für die immerwährende Dominanz der Stärkeren. [...]

Auf die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union antworteten die Minister und Abgeordneten, dass sie nur eine locker verbundene freie Handelszone sein solle. Aber als wir uns mit den Folgen der Pandemie messen muss-

ten oder heute, da in der Ukraine Krieg herrscht, fordern dieselben Personen von Europa wirksamere Maßnahmen. Freie Handelszonen geben nicht Milliarden Euro für gegenseitige Hilfe, kaufen keine Waffen, verhängen keine Sanktionen gegen einen Aggressor, der einen Krieg vom Zaun gebrochen hat. Entscheidet Euch, was ihr tatsächlich wollt. [...]

**Der zweite Mythos** ergibt sich aus dem falschen Verständnis von Souveränität. Souveränität ist ein sehr hoher Wert insbesondere für Nationen, die – wie wir Polen – jahrelang ihrer beraubt waren. Aber unsere Vorgänger sahen überall einen Anschlag auf die Souveränität. Ihre Verteidigung sollte das außenpolitische Programm ersetzen. [...]

Ein weiterer, der **dritte Mythos** ist die Behauptung, dass der Nutzen aus der Europäischen Union nur am Umfang des finanziellen Zuflusses aus ihrem Haushalt gemessen werden kann. Die Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds und für die Realisierung des Landesaufbauplans sind offenkundig sehr wichtig. Sie erlauben, die Modernisierung Polens zu Ende zu führen. Aber die Europäische Union ist deutlich mehr als Geldtransfers. Als Mitgliedsstaat wird Polen als ein stabiles und verlässliches Land angesehen, in das es zu investieren lohnt. Und sogar wenn wir mit der Zeit Nettoszahler werden, wird der Nutzen aus der Zugehörigkeit zur Europäischen Union weiter die Kosten überwiegen – denn er besteht nicht nur in den finanziellen Transfers, sondern in der Sicherheit, im Anteil am europäischen Markt, der Reise- und Niederlassungsfreiheit und den Entwicklungsmöglichkeiten. Daher ist es so wichtig, dass Polen in den Kreis der Länder zurückkehrt, die Europa gestalten, und nicht, die sich vor Europa wehren.

In jeder Mythologie braucht es auch einen Bösewicht, auf den man negative Emotionen lenken kann und dem man für alles Schlechte die Schuld geben kann. Im Narrativ von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) spielt Deutschland diese Rolle. Das ist der **vierte Mythos**.

Die Interessen Polens und Deutschlands sind offenkundig nicht identisch. Deutschland hat jahrelang eine andere Haltung als Polen – unserer Meinung nach eine opportunistische Haltung – Russland gegenüber eingenommen. Unsere aktuelle Regierungskoalition hat in vielen Fragen andere Ansichten als die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben eine andere Geschichte, andere gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen, andere Bedingungen in Sicherheitsfragen. Meinungsverschiedenheiten bedeuten jedoch nicht, dass wir zu einem ewigen Konflikt verurteilt sind. Deutschland ist unser demokratischer Nachbar, größter Handelspartner, wichtiger europäischer Akteur, Schlüsselpartner in der NATO. Warschau und Berlin brauchen sich gegenseitig.

Anstatt die gegenseitige Abhängigkeit auszunutzen, um die Position Polens zu stärken, wurde der Weg der Konfrontation gewählt. Das Narrativ der PiS drängte uns in die Schablone des historischen Determinismus. In der Vergangenheit haben wir tragische Erfahrungen mit den Deutschen gemacht. Aber das bedeutet nicht, dass die Beziehungen zwischen uns verhängnisvoll bleiben müssen. Unserer Regierung liegen die Worte meines großen Vorgängers, Minister Władysław Bartoszewski, näher, der sich 1995, 50 Jahre nach Kriegsende, folgendermaßen an die deutschen Abgeordneten im Bundestag gewandt hat: »Erinnerung und historische Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten für diese allerdings nicht die Hauptmotivation darstellen, sondern den gegenwärtigen, auf die Zukunft gerichteten Motivationen den Weg bahnen.«

Die Abneigung Deutschland gegenüber leitete sich auch aus der Abneigung gegenüber dem Westen insgesamt ab. Dem Westen, den die Vorgängerregierung – genauso wie es die Kreml-Propaganda macht – nicht als Raum der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlicher Freiheiten darstellte, sondern als Quelle moralischer Zersetzung, welche die Polen bedroht. Das ist der **fünfte Mythos**. Die westlichen Staaten schlagen sich mit Herausforderungen herum, die sie teilweise selbst geschaffen haben; gesellschaftliche und kulturelle Normen verändern sich in ihnen manchmal sehr schnell und der Streit darüber, was moralisch zulässig sei, wird intensiv geführt. Daran ist aber nichts Neues. Analoge Debatten zwischen der Rechten und der Linken – über das Wahlrecht der Frauen, den Status sexueller Minderheiten oder die Rolle der Kirche im öffentlichen Leben – fanden vor 30, 50 oder auch 100 Jahren statt. Die freie Gesellschaft im demokratischen Polen unterliegt in ihrem eigenen Tempo ähnlichen Veränderungen. Die größte Gefahr für die traditionellen Werte ist – meiner Meinung nach – aber nicht der mythische verkommene Westen. Es ist die Heuchelei vieler angeblicher Verteidiger dieser Werte.

Schließlich der **sechste Mythos**, d. h. die Überzeugung, dass Polen eine Wahl treffen sollte zwischen engen Beziehungen zu den europäischen Partnern und der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Nein! Die Entwicklung und Sicherheit Polens müssen sich auf zwei Säulen stützen: die transatlantische Zusammenarbeit, die unabhängig von der Entscheidung der amerikanischen Wähler aufrechterhalten wird, sowie die europäische Integration. Diese beiden Richtungen stehen nicht im Widerspruch zueinander. Sie ergänzen sich gegenseitig. Gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten stärken Polen in Europa und die Aktivität im Forum der Europäischen Union und gute Beziehungen zu den Nachbarn machen uns zu einem attraktiveren Partner in den Augen der amerikanischen Bündnispartner und Investoren.

Auf diesen beiden Feldern sollte sich die polnische Außenpolitik nicht durch Geschrei gegenüber dem einen und Dienstfeier gegenüber dem anderen auszeichnen, sondern durch kreatives Durchsetzungsvermögen. Als Land haben wir unsere Interessen, unsere Gründe und Argumente, wir haben unsere Leistungen und wir haben Vertrauen in unsere Trümpfe. Dies werden wir verteidigen. Wirksam. Nicht indem wir mit dem Schuh auf den Tisch hauen, wie ein gewisser sowjetischer Würdenträger, sondern indem wir überzeugen und Lösungen vorschlagen. Und manchmal »nein« sagen. Aber ohne Geschrei.

Der wirklich patriotischen Opposition schlage ich ein anderes als das bisherige Streitmodell vor. Ihr habt euch davon überzeugt, dass es am schlimmsten ist, an die eigene Propaganda zu glauben. Werft die Mythen weg.

Hohes Haus, [...] wir haben jetzt vier wichtige Aufgaben:

1. **Ein sicheres Polen.** Die polnische Staatsräson gebietet, eigene Verteidigungsressourcen zu entwickeln und gemeinsam mit den Bündnispartnern Fähigkeiten zur Abschreckung von Angriffen. Es ist ebenfalls geboten, der Ukraine ein Maximum an militärischer und politischer Unterstützung zu garantieren. Es ist Polens offenkundiges Interesse, den Aggressor so fern wie möglich von unseren Grenzen zu halten. Deshalb muss die souveräne Ukraine diesen Krieg gewinnen und die internationale Friedensordnung in Europa muss wiederhergestellt werden. Das Fundament der Sicherheit Polens bleibt das transatlantische Bündnis mit der führenden Rolle der Vereinigten Staaten. Unser Ziel ist es, das amerikanische Engagement in Europa aufrechtzuerhalten und zu stärken und gleichzeitig die europäische Säule des Bündnisses zu stärken – im Geiste der strategischen Harmonie der Aktivitäten von NATO und Europäischer Union. Daraus folgt die zweite Priorität, und zwar
2. **Ein starkes Polen in einer starken Europäischen Union.** Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich die Europäische Union in ein geopolitisches Subjekt gewandelt, fähig, auf seine Umgebung nicht nur ökonomische, sondern auch politische und militärische Macht auszustrahlen. Es liegt im Interesse Polens, diesem Prozess zu helfen und ihn mitzugestalten. Es ist notwendig, einen neuen Gang für unsere Entwicklung einzulegen. Die Zeit unserer Überlegenheit als Land billiger Arbeitskraft und günstiger Energie liegt lange hinter uns. Polen kann und muss ein hochentwickelter Staat werden. Wettbewerbsfähig durch polnische Kreativität, gute Organisation, kulturelle Attraktivität, Offenheit gegenüber der Welt. [...]
3. **Drittens: Ein aktives und verantwortungsvolles Polen in der globalen Community.** Wir wollen ein Land sein, das nicht nur Nutzen aus der internationalen Zusammenarbeit zieht, sondern das auch bereit ist, einen Teil der Verantwortung für globale Herausforderungen zu übernehmen.
4. **Viertens: Wiederaufbau eines professionellen, überparteilichen diplomatischen Dienstes** und Wiederherstellung der gesetzlich bestimmten Rolle des Außenministeriums als gestaltendes Zentrum der polnischen Außenpolitik.

\*\*\*

[...]

Sehr geehrte Damen und Herren!

In den Mitgliedsländern der NATO und der EU leben insgesamt mehr als 920 Millionen Menschen, während es in Russland, sogar wenn man Belarus hinzunimmt, nur 153 Millionen sind, d. h. sechsmal weniger. Das nominale Bruttoinlandsprodukt der NATO- und EU-Länder beträgt über 45 Billionen US-Dollar. Das Bruttoinlandsprodukt von Russland und Belarus zusammen beläuft sich auf knapp 2,2 Billionen US-Dollar, d. h. zwanzigmal weniger. 2022 haben die 15 Länder, die die Ukraine am aktivsten unterstützt haben, über 1,17 Billionen US-Dollar für Verteidigungszwecke ausgegeben, Russland dagegen knapp 86,4 Milliarden US-Dollar, also ca. vierzehnmal weniger. Russland hatte nach der Durchführung der ersten Mobilisierungswelle ein Militärpersonal von gut 1,3 Millionen Personen. Die Militärangehörigen der NATO umfassen ohne zusätzliche Mobilisierung mehr als 3,5 Millionen Personen, d. h. fast dreimal so viel. Die Ressourcen der Luftwaffe der NATO sind dreimal so groß wie die Ressourcen der russischen Luftwaffe. Dem Bündnis stehen viermal so viele Schiffe und dreimal so viele Unterseeboote zur Verfügung.

Also nicht wir, der Westen, sollte einen Zusammenstoß mit Putin fürchten, sondern umgekehrt. Das gilt es, sich vor Augen zu führen; nicht mit dem Ziel, bei den Russen das Bedrohungsgefühl zu verstärken, denn die NATO ist ein Verteidigungspakt, sondern um zu zeigen, dass ein Angriff Russlands auf irgendein Bündnismitglied in einer sicheren Niederlage enden würde. Das militärische und wirtschaftliche Potential Russlands verblasst im Vergleich zum Potential des Westens. Wenn uns nicht der Wille fehlt, wird Russland verlieren.

**Die einzige Hoffnung Putins ist unsere mangelnde Entschlossenheit.**

Die Ukraine hat das Recht auf die unabhängige und souveräne Gestaltung ihrer Zukunft in den von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Grenzen.

Russland lügt beim Thema der angeblichen polnischen Pläne, Teile der Ukraine zu annektieren. Der Donbass ist Ukraine, die Krim ist Ukraine. Lwów [poln. Name für ukrain. Lwiw], Wołyn [poln. Name für ukrain. Wolyn], das

ehemalige Ostgalizien ist ebenfalls Ukraine. Ich wiederhole das, damit es auch im Kreml gehört wird: Львів – це Україна! [zu Deutsch: Lwiw ist Ukraine!, Anm. d. Übers.]

Die russischen Anführer und Propagandisten wollen uns mit der Ukraine entzweien. Das wird nicht gelingen. [...]

Wir verstehen die Ängste, die die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union bei vielen Europäern auslösen kann. Wir erinnern allerdings daran, dass im Jahr 2004 die Entscheidung, Polen aufzunehmen, ähnliche Befürchtungen ausgelöst hat. Zwei Jahrzehnte später investieren westliche Unternehmen in unseren Markt und Bürger aus der ganzen Europäischen Union kommen u. a. auf Arbeitssuche hierher. Wir wollen, dass sich polnische Unternehmen in ein paar Jahren dank dem Zugang zum aufnahmefähigen ukrainischen Markt entwickeln können. [...] Unser Ziel ist es, den Raum der Sicherheit und Wohlstand nach Osten zu erweitern. Mit Nutzen für alle.

[...]

Im Jahr 2024 wird die Unterstützung der Ukraine die Priorität der polnischen Entwicklungszusammenarbeit bleiben. Wir werden uns auf die dringendsten Bedarfe beim Wiederaufbau der Infrastruktur im Bereich Bildung und Medizin konzentrieren. Gleichzeitig werden wir die Modernisierung des Staates, die Stärkung der ukrainischen Kommunen und Reformen zur Vorbereitung der Mitgliedschaft in der EU unterstützen.

Das Gefühl, gemeinsame Ziele mit der Ukraine zu haben, wird weder vollständig noch von Dauer sein, wenn es uns nicht gelingt, die gemeinsame Geschichte zu verstehen. Wir vergessen nicht die schmerzhaften Ereignisse der Vergangenheit und erwarten von den ukrainischen Partnern Zusammenarbeit bei der Suche nach Wahrheit sowie nach den Gräbern unserer Vorfahren.

[...]

Hohes Haus, für das Ziel, die Sicherheit Polens zu verbessern und die Möglichkeit seiner weiteren Entwicklung zu gewährleisten, ist der Ausbau des militärischen Potentials des Nordatlantikpaktes notwendig. Die Garantien, die aus Art. 5 des Washingtoner Vertrages resultieren, werden dank der neuen Verteidigungspläne des Bündnisses glaubwürdiger, die auch die NATO-Ostflanke einbeziehen. Wir werden danach streben, das Bündnis an die neue Sicherheitslage in Europa anzupassen. Unsere Partner halten schon heute zusätzliche Kräfte entlang der NATO-Ostgrenze. Wir bemühen uns um starke Entscheidungen für die kollektive Verteidigung auf dem für Juli geplanten NATO-Gipfel in Washington.

Die Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft wird eine der Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des kommenden Jahres sein. Wir brauchen eine effektive Koordination in drei Bereichen: Hilfe für die Ukraine, Verbesserung der Sicherheit sowie Sanktionen gegen Russland und Belarus.

Für die Sicherheit Polens haben natürlich gute Beziehungen zu den USA Schlüsselbedeutung. Uns liegt an der weiteren Entwicklung der militärischen Zusammenarbeit sowie der Fortsetzung der Präsenz der amerikanischen Streitkräfte auf unserem Staatsgebiet. Die Vereinigten Staaten spielen eine wichtige Rolle bei der Modernisierung unserer Armee.

[...]

Angesichts der neuen Herausforderungen müssen wir die Effektivität der militärischen Zusammenarbeit der Europäer verbessern. Wir prüfen die Möglichkeit, dem Programm des europäischen Raketenschutzschildes, der European Sky Shield Initiative, beizutreten. Wir nutzen die Möglichkeiten, die uns die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gibt.

Polen wird sich aktiv an den weiteren Arbeiten an der Europäischen Strategie für die Rüstungsindustrie (European Defence Industrial Strategy – EDIS) sowie am europäischen Programm für Verteidigungsinvestitionen (European Defence Industry Programme – EDIP) beteiligen. Diese speziellen Mechanismen der EU sind eine Chance auf Entwicklung unserer Rüstungsindustrie sowie die Einbeziehung polnischer Unternehmen in die internationalen Lieferketten.

Wir unterstützen auch die Schaffung europäischer schneller Eingreiftruppen, deren erste Einheiten im Jahr 2025 operative Einsatzbereitschaft erreichen sollten. Diese 5.000 bis 10.000 Soldaten zählende, von mir »Europäische Legion« genannt, sollte aus Freiwilligen – Bürgern der Mitgliedsstaaten – bestehen und nach den gleichen Regeln finanziert werden wie der EU-Haushalt. Wir brauchen Streitkräfte, die in der Lage sind, bei Bedrohungen in unmittelbarer Umgebung der europäischen Grenzen schnell zu intervenieren.

[...]

Initiativen im weit gefassten Bereich der Sicherheit entwickeln wir mit Großbritannien, dessen Aktivität in unserem Teil Europas wir besonders schätzen.

Die Sicherheitspolitik erstreckt sich nicht nur auf den militärischen Bereich. In der Konfrontation mit dem russischen Neoimperialismus nimmt auch die Erweiterung der Europäischen Union weitere Länder in den Bereich der europäischen Sicherheit mit hinein.

Der Eintritt der Ukraine und Moldawiens auf den Pfad der Beitrittsverhandlungen sowie die Zuerkennung des Kandidatenstatus für Georgien sind ein Erfolg der Östlichen Partnerschaft, einer Konzeption, die seit 2009 auf Initiative Polens und Schwedens realisiert wird. Die Partnerschaft bereitet die Länder auf die europäische Integration vor. Wir werden Georgien unsere Transformationserfahrungen zur Verfügung stellen, erwarten aber von ihm beschleunigte Reformen.

[...]

Präsident Putin gefällt es, Polen und anderen Ländern ihre historischen Fehler vorzuwerfen. Er würde es aber richtig machen, wenn er auch aus den Niederlagen seines Landes eine Lehre ziehen würde. Vergleichen wir Russland mit Kanada, einem Staat, der geografisch ähnlich gelegen ist. Kanada hat 39 Millionen Einwohner, Russland 144 Millionen. Wenn Russland das gleiche BIP *per capita* hätte wie Kanada, würde das gesamte BIP über 7,5 Billionen Dollar betragen und wäre fast viermal so hoch wie das kanadische. Indessen lag das nominale BIP von Kanada im Jahr 2023 bei 2,1 Billionen Dollar und das von Russland bei nur 1,8 Billionen. Ich würde das nicht als Erfolg bezeichnen. Das polnische Nationaleinkommen pro Kopf ist ebenfalls ein Drittel höher als das russische, obwohl wir keine Erdöllagerstätten, kein Gas oder Gold haben und niemanden überfallen. Es ist auch gleichmäßiger verteilt. Ich deute also unserem russischen Nachbarn an: Sogar nach dem Zerfall des Zarenreiches und der verbrecherischen UdSSR habt ihr immer noch den gebietsmäßig größten Staat der Welt. Ihr braucht die Gebiete anderer Länder nicht. Fangt endlich an, in eure Gebiete und eure Bürger zu investieren. Zunächst könnte man den kostspieligen Krieg beenden und die Mörder und Diebe aus ihren Machtpositionen abziehen. So, wie wir das in Polen gemacht haben.

[...]

Eine unerlässliche Bedingung für den Kampf gegen die Propaganda der Regime in Moskau und Minsk ist es, die russischen und belarusischen Bürger und breiter gefasst die Empfänger in der ganzen Welt mit redlichen Informationen zu erreichen. Meine Replik auf die Tirade des russischen Botschafters im UN-Sicherheitsrat zeigt, dass man sich den russischen Lügen entgegenstellen kann. Wir werden das unabhängig davon machen, ob ihr Urheber ein russischer Botschafter, ein ehemaliger Präsident, der aktuelle Anführer oder Legionen von Internettrolls, nützlichen Idioten und bezahlten Agenten sind.

Ein Instrument im Kampf gegen die Desinformation sowie für die Verbreitung von Wissen über die polnische Geschichte und die polnische Diplomatie werden auch Fernsehsender sein, die aus öffentlichen Mitteln des Außenministeriums mitfinanziert werden: Die Programme von TVP World, die in englischer, deutscher, belarusischer, ukrainischer und russischer Sprache senden.

[...]

Polen hat einen besondere Trumpf, um gegen den internationalen Populismus und Autoritarismus zu kämpfen. Die Veränderungen, die in unserem Land in den letzten Jahrzehnten stattfanden, sind der beste Beweis für die Vitalität der westlichen Werte. Polen kann für alle eine Inspiration sein, die die demokratischen Werte verteidigen und sich der autoritären Demagogie entgegenstellen.

Man muss mit Wort und Tat gegen sie kämpfen. Mit dem Wort die verschiedenen Propagandasprachrohre bekämpfen, sowohl in den sozialen Medien als auch in den traditionellen. Damit Russia Today den Platz an ein Russia Tomorrow abtritt.

Machen wir Schluss mit der Straflosigkeit russischer Desinformanten. Die Auflösung des Portals mit dem unschuldig klingenden Namen Voice of Europe, gemeinsam mit unseren ausländischen Partnern, ist dafür ein Beispiel. Wir erlauben dem Kreml keine Manipulationen unserer internen oder EU-internen Debatten. Wir können uns in vielen Fragen unterscheiden, aber erlauben wir den Widersachern nicht, uns gegeneinander auszuspielen.

Daher verstärken wir im Außenministerium die Arbeitseinheiten für strategische Kommunikation und Bekämpfung von externer Desinformation. Wir haben eine internationale Koordination initiiert, um Desinformationskampagnen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament entgegenzutreten. [...]

Die Europäische Union ist das Antriebsrad unserer Kräfte, unsere Zukunft, unser Haus. Die Vertreter der gegenwärtigen Opposition behaupten, dass das nicht dieselbe Organisation ist, der wir vor 20 Jahren beigetreten sind. Das ist richtig. Seit unserem Beitritt haben wir ja den Lissaboner Vertrag unterzeichnet, der von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński [PiS, Anm. d. Übers.] ausgehandelt und von Präsident Lech Kaczyński ratifiziert wurde. Die dynamischen Veränderungen in der Welt bewirken, dass die starke Position Europas keine unumstößliche Tatsache ist. Die Europäische Union muss ein geopolitischer Akteur werden, der den anderen internationalen Playern ebenbürtig ist.

Polen und die Polen verdienen es, die Rolle eines der führenden Akteure im Prozess der fortschreitenden europäischen Integration einzunehmen. Es geht nicht darum, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen, und auch nicht um protokollarische Komplimente. Ein Anführer ist *per definitionem* jemand, der fähig ist, seine Ziele zu erreichen, und

zwar indem er seine Anhänger dafür gewinnt. Polen verfügt über ein solches Potential. Die größer werdende Europäische Union muss ausgewogener sein. Niemand darf in ihr das Monopol darauf haben, Recht zu haben.

Am 1. Januar kommenden Jahres wird Polen die sechsmonatige Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union übernehmen. Ihre Priorität wird Sicherheit im weiten Sinne sein und sie wird einige Monate nach den Wahlen zum Europäischen Parlament beginnen. Der Rat der EU wird mit einem neuen Europäischen Parlament, einer neuen Europäischen Kommission sowie einem neuen EU-Ratspräsidenten zusammenarbeiten.

Die Gestalt der neuen Europäischen Kommission muss besser auf die neue politische Situation antworten. Die Prioritäten müssen die neuen Herausforderungen berücksichtigen: von der Verteidigungspolitik über die mit dem nötigen Ernst behandelte Erweiterung der EU bis zur Migrationspolitik. Während unserer Präsidentschaft wollen wir auch die unzertrennliche Verbindung des europäischen Projektes mit den fundamentalen Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zeigen. Polen verfügt hier über einzigartige Erfahrungen – den Sieg über den Populismus und die Versuchungen der illiberalen Demokratie.

Die Europäische Union bleibt eine Institution mit enormer Anziehungskraft. Der beste Beweis ist das Interesse weiterer Länder, sich dem Kreis der Mitgliedsstaaten anzuschließen. Die Ukraine kämpft wortwörtlich um das Recht zu kandidieren.

Die Erweiterung in zwei Richtungen – in die östliche sowie in die Region Westbalkan – ist ein sich gegenseitig stärkender Prozess. Wir achten die Tragweite der Entscheidung über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldawien. Wir unterstützen den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Wachstumsplan für den Westbalkan. Als unerlässliche Bedingung für den Beitritt neuer Staaten erachten wir jedoch die Synchronisierung ihrer Außenpolitiken mit den Werten der Europäischen Union. Die Mitgliedschaft in der EU ist keine Pflicht, sondern es ist die freie Wahl eines Staates und seiner Bürger. Wer sich für den Beitritt entscheidet, muss die gemeinsamen Prinzipien akzeptieren.

Die Europäische Union sollte adäquat auf die auftretenden Krisen reagieren. Deshalb wird Polen eine realistische Reform der EU unterstützen, die zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Macht beiträgt. Wir sind nicht überzeugt, dass dafür die Änderung der Verträge unerlässlich ist, aber wir können nicht ausschließen, dass ein Teil der Mitgliedsstaaten davon die Zustimmung für die Erweiterung abhängig macht. Als Land stehen wir also vor einem Dilemma: einer Vertragsreform zustimmen, bei der wir vielleicht Kompromisse eingehen müssen, oder unseren östlichen und südlichen Nachbarn den Weg in die Mitgliedschaft versperren, auch wenn ihr Beitritt für uns von Vorteil ist. Der kontroverseste Aspekt einer möglichen Reform wäre natürlich die eventuelle Abkehr von der Einstimmigkeit in bestimmten Bereichen und die vorgeschlagene Änderung des Abstimmungssystems. [...]

Die Aufgabe ist es also, ein gerechteres Abstimmungssystem einzusetzen, das sowohl vor als auch nach einer Erweiterung allen Ländern Einfluss auf die Angelegenheiten der Europäischen Union gibt. Sowohl die Regierung als auch die Partei, der ich angehöre, sind für Argumente in dieser Frage offen. Persönlich bin ich der Meinung, dass das skandalöse Verhalten eines unserer regionalen Partner bei der Frage des Beschlusses oder vielmehr der Verzögerung von Sanktionen – wir wissen alle, von wem die Rede ist –, die wir gegen Russland verhängen, die Änderung hin zu Mehrheitsabstimmungen im Falle von Sanktionen rechtfertigt. Andererseits sollte die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union immer Einstimmigkeit erfordern. Es bleibt eine offene Frage, welches Mehrheitsstimmrecht am gerechtesten wäre und welche der genannten Bereiche eventuell ausgeklammert werden könnten. Im Rahmen der »Konferenz zur Zukunft Europas«, bei der ich die Europäische Volkspartei vertrat, wurde beispielsweise vorgeschlagen, dass die Einsetzung einer Militärmission einstimmig erfolgen müsse, aber für deren Verlängerung eine Mehrheitsentscheidung ausreiche. Mir scheint das ein vernünftiger Kompromiss zu sein. Das Europäische Parlament schlug wiederum eine 4/5-Mehrheit aller Mitgliedsländer vor, d. h. mehr als unsere in Polen verfassungsrechtlich festgelegte Mehrheit. In den nationalen Parlamenten gibt es zudem vielfältige Systeme der Stimmengewichtung und des Schutzes der Interessen von Minderheiten. Lassen Sie uns kluge polnische Vorschläge machen.

An dieser Stelle mache ich ein Angebot. So wie ich diejenigen nicht Verräter nenne, die der Abkehr von dem für Polen vorteilhafteren Nizza-System zugestimmt haben, soll sich niemand erdreisten, denjenigen den Patriotismus abzusprechen, die die Ansicht vertreten, dass, wenn die Europäische Union mehr als 30 Mitglieder zählt und eine Großmacht wird, sie Entscheidungen effektiver treffen muss. Ich rufe Sie alle auf, die Diskussion über diese Herausforderungen nach anderen Regeln zu führen als in den vergangenen Jahren. Ich erkläre meine persönliche Offenheit und die Offenheit des von mir geführten Ministeriums für jede konstruktive Idee, die die polnischen Angelegenheiten nach vorn und die Position Polens nach oben bringen kann. Nicht gegen das mythische Brüssel. Sondern für Polen. Es gibt und wird etwas geben, worum wir streiten werden, aber niemand hat das Recht, irgendjemand wegen unvermeidlicher Meinungsverschiedenheiten das Polnischsein abzusprechen.

\*\*\*

Hohes Haus!

Die bilateralen Beziehungen mit den Ländern Europas werden einer der wichtigsten Bestandteile in der Arbeit unserer Diplomatie sein, das ist selbstverständlich. Wie bereits gesagt, verbessern wir die Beziehungen zu Deutschland. Wir haben die konfrontative Rhetorik aufgegeben und sind zum sachlichen Dialog zurückgekehrt. Wir reaktivieren eine Reihe von bilateralen Formaten und suchen neue Felder der Zusammenarbeit, auch im Bereich der Sicherheit. Daher bleibe ich in regelmäßigem Kontakt mit meiner deutschen Amtskollegin, u. a. im Format des Weimarer Dreiecks.

Partnerschaft bedeutet die gegenseitige Achtung von Interessen, aber auch Sensibilität und Empathie in humanitären und historischen Fragen – so auch Genugtuung für die polnischen Bürger, die Opfer der deutschen Aggression und Besatzung während des Zweiten Weltkrieges, sowie für den polnischen Staat mit Blick auf die infolge dieser Aggression ertragenen Verluste. Die Lösung der für die Polen schmerzhaften Fragen liegt in unserem beiderseitigen Interesse. Wir erwarten von Berlin Vorschläge für Genugtuung, für die es keinen Mangel an Ideen gibt, etwa Unterstützung für die noch lebenden Opfer, Wiederaufbau polnischer historischer Gebäude, Investitionen in die polnische Sicherheit, Polnischunterricht in Deutschland oder die Vermittlung der polnischen Geschichte. Dem Engagement Polens im Dialog mit Deutschland sowie der größeren Präsenz polnischer Angelegenheiten im deutschen öffentlichen Diskurs dient der neue Botschaftssitz, der in diesem Jahr eröffnet wird. Er liegt im Zentrum Berlins und wird nicht nur diplomatisch, sondern auch kulturell ein wichtiger Ort sein. Von besonderer Bedeutung sollten allerdings deutsche Investitionen in die Sicherheit der ganzen Region sein, das wäre ein Ausdruck dessen, dass die Fehler der Vergangenheit verstanden worden wären und den Herausforderungen der Zukunft die Stirn geboten würde.

[...]

Deutschland und Frankreich sind unsere wichtigsten Partner in der Europäischen Union und die Intensivierung der Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck wird eine der Prioritäten der polnischen Außenpolitik sein. Wir sind mit Ministerin Baerbock und Minister Séjourné davon überzeugt, dass das Potential, das in diesem Format steckt, in deutlich größerem Maße genutzt werden muss als bisher.

[...]

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zahlreiche, sogar geografisch weit entfernte Krisen beeinflussen die Lage Polens auch durch Migration.

Menschen sind immer migriert. Auch wir, die Polen. Ich war selbst ein Flüchtling. Legale und kontrollierte Migration kann sowohl den Migranten als auch den Aufnahmeländern Nutzen bringen. Aber das Recht auf Migration ist kein Menschenrecht und muss Beschränkungen unterliegen. Und Staaten haben das Recht zu regulieren, wer sich auf ihrem Gebiet aufhält.

Die massenhafte, irreguläre Migration ist eine Herausforderung, die, meiner Überzeugung nach, nicht nur Regierungen zu Fall bringen kann, sondern auch eine Gefahr für die liberale Demokratie als solche darstellt. Das gegenwärtig gültige Asylsystem ächzt unter dem Zufluss einer zu großen Anzahl von Migranten. Wenn die gemäßigten politischen Kräfte den Bürgern nicht das Gefühl geben, die Situation zu beherrschen, droht uns nicht mehr eine weitere Welle, sondern ein echter Tsunami des Populismus, der aus den Ängsten der Wähler Nutzen zieht. Der Unterschied zwischen den Populisten und den verantwortungsvollen politischen Kräften besteht darin, dass die Populisten das Problem der Migration ausspielen, aber nicht lösen wollen.

[...]

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Das Außenministerium der Republik Polen]: Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2024 r. [Information des Außenministers über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2024]. <https://www.gov.pl/attachment/6304784e-3a03-4bab-a309-d29a72b889fb> (abgerufen am 17.05.2024).*

## CHRONIK

## 7. – 20. Mai 2024

07.05.2024	Die Sprecherin des Grenzschutzes der Woiwodschaft Podlachien (województwo podlaskie) informiert, dass am Vortag ca. 80 Personen im Gebiet Białowieża versucht haben, illegal die belarussisch-polnische Grenze zu überqueren. Die Migranten hätten die polnischen Grenzschützer mit Steinen und Ästen beworfen. Die Mehrheit der Gruppe hätte sich wieder zurückgezogen; gegen die Personen, die illegal die Grenzen übertreten haben, würden rechtliche Verfahren zur Festnahme eingeleitet. Angaben des Grenzschutzes zufolge gab es seit Anfang Mai mehr als 1.000 versuchte illegale Grenzübertritte; im April waren es 5.300 Versuche und im März 3.400.
08.05.2024	Nach der Sitzung des Ausschusses für die Geheimdienste, eines beratenden Ausschusses der Regierung, teilt Ministerpräsident Donald Tusk mit, dass ein Bericht zur Einflussnahme russischer und belarussischer Geheimdienste auf den Regierungs- und Behördenapparat der Vorgängerregierung der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) vorbereitet wird. U. a. werde geprüft, ob die sog. Hassaffäre im Justizwesen im Zusammenhang mit russischen und belarussischen Geheimdienstaktivitäten steht. Bei der »Hassaffäre«, die 2019 von den Medien aufgedeckt wurde, gingen von einer informellen Gruppe im Justizministerium Verleumdungen gegen Richter aus, die sich gegen die Justizreform der damaligen Regierung einsetzten. Vor zwei Tagen hat der Richter Tomasz Szmydt, einer der zentralen Akteure der »Hassaffäre« des Justizministeriums, in Belarus um Asyl gebeten.
08.05.2024	Die Landesstaatsanwaltschaft teilt mit, dass gegen den Richter Tomasz Szmydt ein Untersuchungsverfahren wegen Beteiligung an Tätigkeiten eines ausländischen Geheimdienstes in Polen und Belarus eingeleitet ist.
09.05.2024	Das Oberste Verwaltungsgericht hebt die Immunität des Richters Tomasz Szmydt auf und stimmt einer möglichen Inhaftierung zu. Szmydt wird der Spionage für einen ausländischen Geheimdienst verdächtigt. Anfang der Woche hat er in Belarus um Asyl gebeten.
09.05.2024	Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) kündigt im Sejm an, dass ein neuer Ausschuss zur Untersuchung russischer Einflussnahme in Polen berufen wird. Der Ausschuss werde »verfassungsgemäß« sein und sich mit russischem und belarussischem Einfluss auf die Vorgängerregierung der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) befassen. Es bestehe kein Zweifel darüber, dass eine solche Einflussnahme stattgefunden habe, sagt Tusk. Bereits im August 2023 war auf Initiative der damaligen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ein Ausschuss zur Untersuchung der Jahre 2007–2022 berufen worden, dessen Mitglieder der Sejm gewählt hatte. Im November 2023 sprach der Ausschuss die Empfehlung aus, führenden Politikern der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), darunter Tusk, keinen Zugang zu öffentlichen Ämtern mit Verantwortung für die Sicherheit des Staates zu gewähren. Der Sejm, in dem im November bereits das jetzige Regierungsbündnis die Mehrheit hatte, berief danach den Ausschuss ab.
10.05.2024	Außenminister Radosław Sikorski empfängt den Vizeaußenminister der Ukraine, Andrij Sybiha. Das Hauptthema des Treffens sind die Vorbereitungen der Ukraine-Friedenskonferenz, die die Schweiz Mitte Juni ausrichten wird. Der Grund dafür ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sikorski bekräftigt die Unterstützung Polens für den vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vorgestellten Friedensplan sowie die Bereitschaft, die Ukraine weiter finanziell und militärisch zu unterstützen. Auch für den EU-Beitrittsprozess der Ukraine stelle Polen seine Erfahrungen zur Verfügung, so Sikorski.
13.05.2024	Im Zuge der Kandidaturen für die Europawahlen im Juni findet eine Regierungsumbildung statt. Präsident Andrzej Duda beruft Innenminister Tomasz Siemoniak (für Marcin Kierwiński), Jakub Jaworowski als Minister für Staatliche Aktiva (anstelle von Borys Budka), Krzysztof Paszyk als Minister für Entwicklung und Technologie (für Krzysztof Hetman), Hanna Wróblewska als Ministerin für Kultur und nationales Erbe (für Bartłomiej Sienkiewicz).
14.05.2024	In einer Stellungnahme äußert das Außenministerium »tiefe Enttäuschung« darüber, dass das Parlament in Georgien ein Gesetz gegen »ausländische Einflussnahme« verabschiedet hat. Das Gesetz sei nicht mit den Werten der Europäischen Union vereinbar und entferne Georgien von der EU. Georgien hat im Dezember 2023 den EU-Kandidatenstatus erhalten.
15.05.2024	Auf dem Wirtschafts- und Technologiekongress Impact '24 in Posen (Poznań) spricht sich Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz für die Einrichtung eines Rates für Sicherheit und Verteidigungsindustrie und die Berufung eines EU-Kommissars mit einem Budget von 100 Mrd. Euro für die Rüstungsindustrie aus. Außerdem müsse die EU eine schnelle Eingreiftruppe aufstellen und sich für die Luftverteidigung und Raketenabwehr zusammenschließen. Polen investiere zurzeit vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Modernisierung und Transformation seiner Armee.

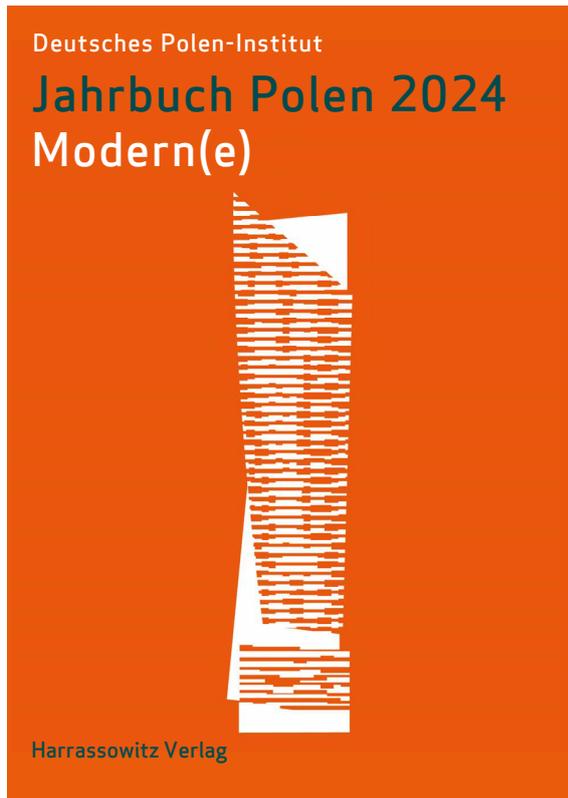
16.05.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz eröffnet das Projekt »Ferien mit der Armee«, das erstmalig realisiert wird. Es richtet sich an Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren, die in einer 27-tägigen Schulung militärische Grundkenntnisse bekommen. Die Schulung in den Sommermonaten wird mit 6.000 Zloty (ca. 1.410 Euro) vergütet. Angesichts der globalen Entwicklungen sei es das Ziel der Regierung, sowohl die Fähigkeiten der Streitkräfte weiterzuentwickeln als auch die Bevölkerung auf Bedrohungen vorzubereiten und ihre Resilienz zu stärken, sagt Kosiniak-Kamysz.
18.05.2024	Ministerpräsident Tusk gibt im Rahmen der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag der Schlachten am Monte Cassino (Italien) in Krakau (Kraków) die Errichtung des »Schutzschildes Ost« (Tarcza Wschód) bekannt. Es handelt sich um die militärische Befestigung der polnischen Ostgrenze, die bereits begonnen habe. Auch Umgestaltungen des landschaftlichen Terrains sind vorgesehen. Die Regierung stellt dafür 10 Mrd. Zloty (ca. 2,35 Mrd. Euro) bereit.
20.05.2024	Nach dem Hubschrauberabsturz im Iran, bei dem der Präsident Irans Ebrahim Raisi tödlich verunglückte, kondoliert Präsident Andrzej Duda den Angehörigen und der iranischen Nation. Er verweist auf den Flugzeugabsturz von Smolensk (2010), bei dem der damalige Präsident Lech Kaczyński sowie fast 100 führende Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Polen zu Tode kamen und schreibt »wir kennen das Gefühl des Schocks und der Leere, das in den Herzen der Menschen und im Staat nach dem plötzlichen Verlust der politischen und gesellschaftlichen Elite bleibt [...]. Daher verbinden wir uns mit besonderem Verständnis mit den Angehörigen der Opfer und der iranischen Nation in Trauer und Gebet.« Dudas Kondolenzbotschaft wird kritisiert, da Raisi als Hardliner gilt, der u. a. Oppositionelle und Minderheiten im Iran unterdrückt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## LESEHINWEIS

## Jahrbuch Polen 2024 Modern(e)

Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt  
Wiesbaden 2024, 190 S., zahlreiche Abb., Preis 19,90 Euro,  
ISBN 978-3-447-18363-5  
Bestellung: [verlag@harrassowitz.de](mailto:verlag@harrassowitz.de)



Die Fragen rund um das Für und Wider der Moderne in Polen gehören in unserem Nachbarland zu den am meisten und am heftigsten diskutierten Kontroversen. Das bedeutet, dass sich die Polen 25 Jahre nach dem NATO- und 20 Jahre nach dem EU-Beitritt ihrer Lage und Identität in Europa immer noch nicht ganz sicher sind. So scheiden sich die Geister in den innerpolnischen Diskussionen gerade an der Frage der Identität und Modernität, während nach außen hin alle: Konservative, Liberale und die, die Dazwischen sind, peinlich genau beobachten, ob der Westen (Europa? Deutschland? USA?) den Partner Polen auf Augenhöhe, d. h. als in der »Moderne angekommen«, ansieht.

Das aktuelle Jahrbuch gibt die Vielfalt der diesbezüglichen Stimmen in bewährter essayistischer Form wieder. Die Redaktion versteht die Moderne jedoch nicht nur in Hinblick auf die aktuelle Politik und Gesellschaft, sondern auch im Bereich Architektur, Kunst und Design. Wichtig für alle Bereiche ist der Rückgriff auf die Ideengeschichte der polnischen Modernität, die im ausgehenden 19. Jahrhundert begann und ihren vorläufigen Höhepunkt nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit 1918 erreichte. Auch nach der Überwindung des Kommunismus und dem Umbruch der Jahre 1989–90 begann eine neue Ära der polnischen Moderne, die bis heute andauert.

### Inhalt

<b>Einleitung</b>	Ist Polen ein modernes Land?
<b>Ideen</b>	
Michał Olszewski	Sicińskis Geist. Gesichter der polnischen Modernisierung
Michał Szuldrzyński	Die Mehrdeutigkeit der Moderne
Michał Radomił Wiśniewski	Generation Neo. Internet auf Polnisch
Klaudia Hanisch	Die polnischen Symmetristen als Wegbereiter der polnischen Erneuerung? Über die schmerzhafteste Erfahrung des Dazwischen
<b>Aufbrüche in die Moderne</b>	
Tomasz Kizwalter	Polnische Modernität: Eine Genealogie
Ulrich Schmid	Von der »Sławojka« zum COP. Die Zweite Republik als Modernisierungsprojekt
Stefan Garsztecki	Modernisierung und regionale Entwicklungspläne in Polen
<b>Die Großstadt-Avantgarde</b>	
Michał Piernikowski	Polnisches Design – Einfallreichtum zwischen Tradition und Moderne
Joanna Kiliszek	Nur die Kunst wird dich nicht betrügen
Filip Springer im Gespräch mit Damian Nowicki	Ich warte auf eine neue Architektur
Anna Diduch im Gespräch mit Mara Żakowska	Das Auto im Sumpf der Stadt. Über den polnischen »Autoholismus«
Tomasz Szlendak	Postmoderne Gesellschaft: Die polnische Generation Z oder Im Internet schmelzende Schneeflocken
Bartosz Bielenia im Gespräch mit Magdalena Dubowska	Ich bin ein Z-Boomer. Irgendwas dazwischen
<b>Essay zum Schluss</b>	
Olga Drenda	Cyberpolska On Real
<b>Anhang</b>	

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>